Ressort: Politik

Ampel-Regierung lassen Menschen in Armut zurück!

DIE LINKE LAG Weg mit HARTZ IV NRW

Düsseldorf, 16.06.2022, 09:51 Uhr

GDN - Während die Ampel-Regierung über Nacht 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung beschlossen hat, sind immer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht. Art. 1 des Grundgesetzes besagt: Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu schützen ist Pflicht aller staatlichen Gewalt.

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln in Nordrhein- Westfalen leisten einen wichtigen Beitrag, um die Daseinsvorsorge für alle Menschen sicherzustellen. Während die Tafel seit Jahren versucht, die wachsende, durch die fatale Politik der Bundesregierung verursachte Armut abzufedern, spielen sich durch die explodierenden Lebenshaltungskosten (bei der Tafel in immer mehr Städten dramatische Szenen ab. Bei immer mehr Tafeln in Nordrhein-Westfalen wird ein Aufnahmestopp verhängt. Das bedeutet, dass die Ausgabe von Lebensmitteln nur noch an registrierte Bedürfte erfolgen kann. Besonders dramatisch ist dies vor dem Hintergrund einer aktuellen Armutsquote von circa 22% in Nordrhein-Westfalen; ein trauriger Rekordwert.

Dagmar Maxen Mitglied im Landessprecherinnenrat der LAG Weg mit Hartz-IV-NRW sagt dazu: Der Aufnahmestopp in den Städten in Nordrhein-Westfalen und die sich immer weiter verschärfende Situation der Tafeln bundesweit offenbaren erneut auf skandalöse Weise, wie der Staat Pflichten der Daseinsvorsorge ins Ehrenamt ausgelagert hat und völlig versäumt, Menschen vor Armut zu schützen.
Dazu kommt auch noch die künstliche Kleinrechnung des Transferleistungsregelsatz, der zurzeit 449 Euro beträgt. Hierzu sagen schon die Wohlfahrtsverbände das dieser bei 678 Euro monatlich liegen müsste und es durch die Krisen eigentlich mindestens 100 Euro monatlich mehr geben müsste

Während die Ampel-Regierung über Nacht 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung beschlossen hat, sind immer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht. Art. 1 des Grundgesetzes besagt: Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu schützen ist Pflicht aller staatlichen Gewalt. Dass Menschen, egal ob geflüchtet oder nicht, auf gespendete Lebensmittel angewiesen sind, läuft dem Leitmotiv unseres Grundgesetzes eklatant zuwider.
Für DIE LINKE ist klar: Es braucht umgehend weitgehende Entlastungen für Leistungsempfänger und Menschen mit geringem Einkommen.

Krisengewinner wie Shell, Exxon, Total und Co sowie auch der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall müssen durch eine Übergewinnsteuer endlich an den gesellschaftlichen Kosten der Krise beteiligt werden.
Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung nachkommen, alle Menschen wirksam vor Armut zu schützen und damit ihren grundgesetzlichen Auftrag erfüllen.
Hamburger

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-124057/ampel-regierung-lassen-menschen-in-armut-zurueck.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: M.Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M.Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com